



Beschluss des gemeinsamen Bundesausschusses der Europa-Union und
der Jungen Europäischen Föderalisten vom 30.11.2019

Interreg-Programme

Die Europa-Union Deutschland und die Jungen Europäischen Föderalisten fordern die Bundesregierung auf, sich in den laufenden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen dafür einzusetzen, dass die grenzüberschreitende Förderung durch die Interreg-Programme, insbesondere die Begegnungsveranstaltungen und zivilgesellschaftlichen Projekte, fortgeführt und weiterhin gemeinsam dezentral verwaltet werden. Die Fördergebietskulisse muss erweitert und darf nicht verengt werden.